



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

wie umstehend

Betreff

wie umstehend

Chiemseehof

(0662) 80 42 Durchwahl

Datum

2285

10. APR. 1990

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der NÖ Landeregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der OÖ Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ Landeregierung
Schenkenstraße 4
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

34-GE/90

Datum: 24. APR. 1990

Verteilt 27.4.90

Dr. Oesch Karant

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Hueber
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

✉ Postfach 527, A-5010 Salzburg

☎ (0662) 8042-2160

☎ 633028

DVR: 0078182

An das
Bundesministerium für
Inneres

Herrengasse 7
1014 Wien

Chiemseehof

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

0/1-734/147-1990

☎ (0662) 80 42 Durchwahl

Datum

2580/HR Dr. Faber 19.4.1990

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Personenstandsgesetz,
BGBI. Nr. 60/1983 geändert wird (Personenstandsgesetz-Novelle
1990); Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 2197/476-IV/4/90

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Die in Z. 1 vorgesehene Übermittlung der Sammelakten von den
Gemeinden an die Bezirksverwaltungsbehörden zur weiteren Auf-
bewahrung und Fortführung widerspricht dem Grundsatz, daß jede
Behörde diese Aufgaben für ihre Akten selbst wahrzunehmen hat.
Nicht nur, daß anderenfalls Kosten für die räumliche Vorsorge
und das notwendige Personal auf einen anderen Rechtsträger über-
wälzt werden und das Land kumuliert für alle Gemeinden belastet.
Die zentrale Verwahrung schließt es aus, daß die Akte im Be-
darfsfall dem Standesbeamten unmittelbar zur Verfügung stehen.
Ein Mehraufwand und Zeitverlust sind die Folge. Andererseits
ist eine solche Verwahrung aus Sicherheitsgründen nicht unbe-
dingt geboten, wie auch die Regelung des § 5 Abs. 4 letzter
Satz beweist. Sie wäre verpflichtend (als Regelfall) vorzusehen
und nur ausnahmsweise, wenn eine derartige Verwahrung in der
Gemeinde nicht möglich ist, zuzulassen.

In das Gesetzesvorhaben sollte auch eine Ergänzung der Über-

- 2 -

gangsbestimmung des § 70 Abs. 1 aufgenommen werden, wodurch die auch do. gesehene Gesetzeslücke (siehe Schreiben vom 15.6.1989, Zl. 2197/403-IV/4/89) betreffend die Anwendbarkeit des § 60 Abs. 3 auch auf in Standesamtsverbände übergeleitete frühere Standesamtsbezirke geschlossen wird.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Hueber

Landesamtsdirektor